

Postfische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeithilfer“ und „Literarische Umschau“. — Mitwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Barthard, Verantw. Red. im Ausw. d. Handelsl.: A. V. Dr. Sven v. Müller, Bus. Verw. Manuskripte werden nur zurückgez., wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postnachricht-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofspl. A 71 3600-3665, für den Fernverkehr Amt Dönhofspl. 3696-3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Curtius: Deutschlands neue Außenpolitik

Der Außenminister vor dem Reichstag / Rheinland und Saar / Der mittlereuropäische Raum / Völkerverbund und Paneuropa / Das Verhältnis zum Osten

Streuemanns Nachfolger hat im Reichstag über die Außenpolitik des Deutschen Reiches gesprochen. Dem Führer von großer Konzeption und hartem Aufschwung, fortsetzender Rehnregabe und angeborener Intuition ist der Mann der Klarheit, der ruhigen Weiterentwicklung in gegebenen Rahmen ersiegt. Die schwerer Verlebe der deutschen Außenpolitik ist abgeklungen. Die Zeit der großen Konferenzen ist vorüber. Die Dinge gehen äußerlich ihren normalen Gang. Deutschland braucht nicht mehr von einem Zug zum andern zwischen Furcht und Hoffnung den schmalen Pfad schwerer Verhandlungen und immer neuer Vorfälle zu gehen. Seine Gleichberechtigung ist nicht mehr bestritten. Seine Souveränität, soweit sie eine Frage des Rechts und nicht der Macht ist, völlig wiederhergestellt. Damit müßte aber auch das Maß der eigenen Verantwortung.

Jedes Wort will gewonnen sein. Curtius ist ganz der Mann dazu. Er hat über die Ziele der deutschen Außenpolitik so gesprochen, daß eine übermüdete Auslegung fast unmöglich ist. Deutschland will vorwärts und aufwärts. Aber im friedlichen Wettkampf und im Einlang mit der gesamten europäischen Evolution. Er ist immer auf der Seite der Gruppen zu finden, die den Fortschritt suchen, den Fortschritt vor allem auch in der Verwirklichung der hohen Ideale, die dem Völkerverbund voranleiten. An Geist ist noch viel zu tun. Jede Kritik ist berechtigt. Aber vor allem jede Milderkeit notwendig. Und daran will es Deutschland nicht fehlen lassen.

Und Europa? Das Memorandum Briand wird freigegeben beantwortet werden. Wird der Inhalt der deutschen Note mehr sein als ein diplomatisches Affenstück? Wird es dazu beitragen, die Initiative Briand's fruchtbar zu machen? Wird diese Gelegenheit zur Führung der fortschrittlichen Elemente Europas mitausgenutzt werden? Es ist lohnend, was Curtius über die Gleichartigkeit der deutschen und der europäischen Interessen sagte, daß die deutsche Politik nur sich selber tue zu sein braucht und der Gesamtheit einen Dienst zu tun.

Wenn Europa sich nicht selbst hilft, wird in Amerika das Maß, das kurzfristige Protektionismus bereits angedeutet hat, sich noch weiter steigern. Je mehr seine Schößen hervorwachsen, Europa hilft auch Amerika, wenn es sich selbst hilft, hilft den Kräften der Selbsthilfe, die drüben um Gleichberechtigung ringen.

Deutschland führt die Mission, eine Brücke zu der Sonderwelt Constructivlands zu bilden. Aber mindestens in demselben Maß wie es dazu beitragen, in seiner eigenen Welt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und der schicksalhaften Zusammengehörigkeit durchzuführen.

Curtius ist Streuemanns Nachfolger. Er ist auch der Leiter des Geistes und Willens und wird er diesen Geist und Willen durchzuführen wollen? Wird die Antwort an Briand den Stempel dieses Geistes und Willens tragen oder ein Kompromißwerk werden, das keinen vertritt und keinen gewinnt? J. E.

Was Curtius sagte

Im Reichstag begann am Mittwoch die Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes. Außenminister Curtius nahm die Gelegenheit wahr, einen Rechenschaftsbericht über die Arbeiten seines Ressorts zu geben. Es lag ihm zunächst daran, gegenüber den Reichsmitgliedern über sämtliche Aufgaben nachzuweisen, mit welcher Sparsamkeit das Auswärtige Amt seine Einflüsse im Reich, im Ausland und im Weltfrieden auf die großen Staaten für ihre Diplomatie ausgenutzt. Die Besetzung der Umwandlung der Weltordnung bei den A. B. C. Staaten in Volkstümlichkeit durch den Minister ganz anders. Er kündigte an, daß die Fortsetzung erneut gestellt werde, so daß die Lage es erlaube.

Einzelne von Möglichkeiten und Verbindungen sollten verallgemeinert werden. Es darf in der Öffentlichkeit nicht

Völlige Einigung im Kabinett

Abmarsch der Volkspartei

Die zweite Abstimmung des Reichskabinetts war der endgültigen Festlegung des Finanzprogramms auf Grund der vom Reichswirtschaftsminister Dietrich gemachten Vorschläge gewidmet.

Ueber das Ergebnis der Sitzung wurde folgendes amtliche Communiqué abgegeben:

„Die Aussprache des Reichskabinetts über die gesamtpolitische Lage wurde heute abend unter Vorsitz des Reichsfinanziers Dr. Brüning — wie bereits gefastet in Aussicht genommen — zu Ende geführt. Die Beratungen führten zu völliger Einigung über die zu ergreifenden finanzpolitischen Maßnahmen. Reichsminister Dr. Brüning wird im Laufe des morgigen Tages dem Herrn Reichspräsidenten hierüber Vortrag erhalten; nach seiner Rückkehr ist am Freitag die Bekanntgabe der Beschlüsse der Reichsregierung zu erwarten.“

In der Kabinettsitzung, die gestern um 6.30 Uhr abends begonnen hatte, lagen im früheren Verlauf zwei Fraktionsbeschlüsse vor. Der eine, der von der Wirtschaftspartei stammte, ließ ein gewisses Einverständnis mit den Steuerplänen Dietrich erkennen. Die Wirtschaftspartei akzeptiert den vorgeschlagenen Abzug eines bestimmten Prozentes von dem Gehalt der Beamten, würde aber lieber statt eines sogenannten Rotlochers eine unverschiebliche Kürzung der Beamtengehälter sehen. Gegen einen möglichen Aufschlag der Einkommensteuer bei höheren Einkommen, die nicht aus Gehalt fließen, würde die Wirtschaftspartei keine Einwendungen erheben. Dementselbe ergab sich hier die Möglichkeit eines Kompromisses.

Schwieriger liegt der Fall mit der Deutschen Volkspartei, die sich gestern in einem Fraktionsbeschluss zuerst auf die bekannten Forderungen eines fünfprozentigen Abtrümmes im Etat, einer fünfprozentigen Kürzung der Ueberlohnungen an die Länder und auf die sogenannte Übergabekasse festlegte, bei Beratung der eigentlichen Finanzplanung auf den Gehalt, bei der dann und auf den Gehalt des Rotlochers zurückgegriffen werden könnte.

Dieser Beschluss wurde dem Reichsfinanzminister Dr. Curtius, der der Fraktionsleitung beizugehört hatte, noch besonders in schriftlicher Formulierung überreicht, was eine direkte Aufbe-

zeugung sein sollte, sich im Kabinett für diese Forderungen einzusetzen.

Die Deutsche Volkspartei möchte keinen Verlust, sich entgegen dem Steuerplänen Dietrich ansetzen zu lassen, sondern stellte Vorschlag gegen Vorschlag und erklärte, ihr weiteres Verhalten gegenüber dem Kabinett Brüning davon abhängig zu machen, ob ihr Programm vom Kabinett reflexlos gutgeheißen würde. Diese Haltung der Deutschen Volkspartei ist nur aus ihrem Standpunkt zu begreifen, sich vom Kabinett Brüning nicht nur zu distanzieren, sondern möglichst ganz loszulassen und völlig außer Verantwortung zu bleiben.

Welche Rückmeldung zu die Stellung des Reichsaussenministers Dr. Curtius im Kabinett haben wird, ist im Augenblick nicht mit Sicherheit zu sagen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Deutsche Volkspartei auf Dr. Curtius einen Druck ausüben, um ihn zum Rücktritt zu veranlassen. Aber es ist nicht wahrscheinlich, daß bei diesem Rücktritt wird erzwungen werden, unmittelbar vor der Feier der Abreisebefreiung.

Da man auf den Abmarsch der Deutschen Volkspartei aus dem Regierungslager vorbereitet war, hatte die gestrige Fraktionsbeschluss, der den Gehalt eines Ultimatums hat, auf die Entschleunigung des Reichskabinetts aus dem Finanzprogramm keinen unmittelbaren Einfluss.

Die Ergebnisse des gestrigen Kabinetts sind allerdings nicht bekannt, werden auch nicht mitgeteilt werden, bevor der Reichspräsident den Bericht des Reichsfinanziers entgegengenommen hat. Dr. Brüning tritt heute vormittag nach Reuders zum Vortrag.

Es ist nach den jüngsten Ereignissen wahrscheinlich, daß die Regierung vom Reichstag ein Ermächtigungsgesetz zur Durchführung der Finanzplanung verlangen wird. Die Regierung weiß, daß die Debatte, welche eine solche allgemeine Ermächtigung zu erlangen, von vornherein aussichtslos ist. Es will damit nur das Sprungritzt für die Anwendung des Artikels 48 garantieren, die notwendig nur möglich wird, wenn der Kanzler vom Reichspräsidenten die Vollmacht erhält: den Artikel 48 anzuwenden und den Reichstag aufzulösen, wenn er die Einführung der erlassenen Steuererordnungen beschließen sollte.

Zunächst ist erreicht, daß innerhalb des Kabinetts eine Einigung über die Debatteanforderungen erzielt worden ist, wobei sich die Wirtschaftspartei in der Hauptsache durchgesetzt haben, wobei in Bezug auf den Aufschlag zur Einkommensteuer wie hinsichtlich des sogenannten Rotlochers der Beamten und der Festbeschlüsse, das um 2% Prozent beschränkt bleibt unter Freilassung der niedrigen Gehälter.

Das Weitere wird abhängen von den Entscheidungen des Reichspräsidenten und von Verhandlungen, die der Reichsfinanzier gestern schon mit mehreren Fraktionen angeknüpft hat.

Die Frage Curtius wird ebenfalls meist auch erst nach der Rückkehr des Kanzlers entschieden werden. Man hat gestern nach der Kabinettsitzung den Eindruck gehabt, daß Dr. Curtius nicht gewonnen sei, sich ohne weiteres dem Inhalt der Fraktion zu geneigen, da er sich nicht als Beauftragter seiner Fraktion fühle, sondern als Mitglied des Reichskabinetts, das der Gesamtheit des Volkes gegenüber verantwortlich ist.

Paris, 25. Juni / Ullstein-Nachrichtendienst

Außenminister Briand hat heute nachmittag den deutschen Botschafter in Paris, Herrn v. Seuff, empfangen. Gegenstand der Unterredung war in erster Linie die Antwort des deutschen Reiches auf das paneuropäische Memorandum Briand's.

Der Führer der deutschen Saardelegation, Herr v. Simon, hatte heute eine längere Unterredung über den ausständlichen Stand der Saarverhandlungen mit dem Generalkonsul des Saargebietes und des Saarlandes in Luxemburg. Wie in höchsten Geheimnisse Kreisen verlautet, sollen auch jetzt die Wünsche auf eine baldige Einigung nicht günstig sein.

Der Eindruck entheben, als herrsche im allgemeinen im Auswärtigen Amt Beschleunigung. Im Wahdicht geht auch der Außenminister ganz in seinen Aufgaben auf; er hat sich als wertvolles Instrument der Außenpolitik der Reichsregierung erwiesen. Wie alle haben ein gemeinschaftliches Interesse daran, dieses Instrument zwar einfach und dabei doch brauchbar zu gestalten, vor allem aber es dem deutschen Volk selbst nicht zu verlieren. Ich möchte aber annehmen, daß wir auf weiteren Auseinandersetzungen im Gesamtallgemein, aus dem Gefährten und auf Ver-

gen für die Zukunft eine allgemeine ruhigere Beurteilung des Etats des Auswärtigen Amtes ergeben können.

Die Spitze letztes Gespräch über die außerparlamentarische Lage helle Curtius Ausdrückungen über die Vorkommen der Abstandsänderung. Die betroffenen Parteien an Rhein werden, so viel zu hoffen, das Bild eines Deutschlands zeigen, das in den letzten und höchsten Fragen seiner Existenz einig ist. So sehr die Befreiung des deutschen Gebietes von der Besetzung unserer Städte und dringende Aufgabe war, so ist die